

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, den 10.05.2022

Sitzungsort: Kurhaus Bernburg, großer Saal,
Solbadstraße 2 in 06406 Bernburg (Saale)

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 17:45 Uhr

Teilnehmer:

stimmberechtigte Mitglieder		Stellvertreter	
Bert Knoblauch Ausschussvorsitzender	anwesend	Mirko Bader	
Peter Rotter	anwesend	Siegfried Westphal	
Katrin Schütze-Dittrich	anwesend	Dr. Thoralf Winkler	
Sven Hause stellvertretender Ausschussvorsitzender	anwesend	Dr. Wolfgang Pilz	
Ralf-P. Schmidt	anwesend	Dr. Silvia Ristow	
Christian Jethon	anwesend	Sabine Dirlich	
Jens Funk		Thomas Kloppe	
Michael Kuthe		Michael Beckmann	
Vivien Horn	entschuldigt	Axel Wiczorek	

stimmberechtigte Mitglieder freier Träger		Stellvertreter	
Claudia Schmid-Stahmann	anwesend	Uwe Grenzau	anwesend
Roswitha Salm	anwesend	Tobias Kuske	
Marion Stellfeld	anwesend	Karin Weinreich	
Remo Kannegießer	anwesend	Iris Jacob	
Klaus-Günther Roth	anwesend	Anna-Maria Manser	
Marcel Schulze	entschuldigt	Gabriele Puchner	

beratende Mitglieder		Stellvertreter	
Anke Meyer	anwesend	Josephin Rosinski	
Josephin Rosinski	anwesend		
Astrid Müller	entschuldigt		
Marianne Kilian			
Annett Lazay		Stefan Böhme	
Martin Pickel	entschuldigt	Judith Hohl	entschuldigt
Volker Eilenberger	entschuldigt	Stephan Aniol	entschuldigt
Bianka Nemitz	entschuldigt		
Anja Huth		Anja Schöne	
Thomas Holz	anwesend	Helen Weigel	
Jens Galetzka		Ingo Reupsch	
Uwe Rothe		Steffen Schütze	
Doris Tell	anwesend	Marcin-Jan Franke	
Elisabeth Dancso	entschuldigt	Christina Büchner	anwesend
Ina Siebert	entschuldigt	Jessica Krengel-Lienau	entschuldigt
Orry Weigelt		Annalena Sonne	
Lisette Zanke			

von der Verwaltung nehmen teil:

Herr Michling
Frau Schellenberger
Frau Jacob
Herr Jeschor
Herr Andreas Kreß
Frau Isabell Frick
Frau Watermann

Gäste

Herr Frühauf / Kreiselternvertreter
Herr Stange-Trautewig / Kreiselternvertreter

Mitteldeutsche Zeitung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung des öffentlichen Teils

Herr Knoblauch eröffnet die 14. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Er stellt fest, dass der Jugendhilfeausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist. Zum Zeitpunkt der Feststellung der Beschlussfähigkeit sind von 15 stimmberechtigte Mitgliedern 11 anwesend.

2 Einwohnerfragestunde

Wortmeldungen zur Einwohnerfragestunde liegen nicht vor.

Herr Knoblauch schließt den Tagesordnungspunkt.

3 Abstimmung über die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 01.03.2022

Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 01.03.2022 werden von den Ausschussmitgliedern nicht geltend gemacht. Die Niederschrift wird einstimmig beschlossen.

4 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan des Salzlandkreises für das Haushaltsjahr 2022 - Vorlage: B/0366/2022

Bevor die FBL I / Frau Schellenberger das Wort ergreift, teilt Herr Knoblauch mit, dass die TOP 4 und 5 gemeinsam beraten werden und im Anschluss getrennt darüber abgestimmt wird. Die Ausschussmitglieder erklären sich mit der vorgeschlagenen Verfahrensweise einverstanden.

Frau Schellenberger führt in den Sachverhalt ein und nennt die Beweggründe, die zur Erstellung der Nachtragsvorlage geführt haben:

- Frühzeitige Haushaltsverfügung des Landesverwaltungsamtes zum Ursprungshaushalt.
- Sie geht auf die Historie ein und erinnert, dass bei der Beschlussfassung zum Haushalt für das Jahr 2022 ein Kreisumlagehebesatz durch die Verwaltung vorgeschlagen wurde. Der Beschluss des Kreistages wies dann einen anderen Kreisumlagehebesatz aus.
- Das führte bei dem sehr formellen Verfahren und der Festsetzung der Kreisumlage zu Bedenken beim Landesverwaltungsamt, da nicht jedem Kreistagsmitglied bei der Beschlussfassung die Auswirkungen des geänderten Hebesatzes auf die Haushalte der Kommunen bekannt waren.
- Auf Vorschlag des Landesverwaltungsamtes wurde das Verfahren wiederholt. Die Unterlagen wurden durch die Verwaltung überarbeitet. Der Salzlandkreis hat die Erstellung der Nachtragsvorlage als Anlass genommen die Kommunen zur Einreichung ihrer überarbeiteten Zahlen aufzufordern und den Abwägungsprozess für die Kreisumlage neu durchzuführen.
- Vom Zeitpunkt der Aufstellung des Ursprungshaushaltes bis jetzt haben sich Änderungen ergeben die in den Haushalt eingearbeitet wurden.
- So haben sich die Zuweisungen zum FAG für den Salzlandkreis und die Kommunen verbessert (siehe Vorlage Tabelle S. 2).
- Erhebliche Steigerungen sind bei den Energiekosten zu verzeichnen.
- Im Ergebnis des Abwägungsprozesses wurde festgestellt, dass sich der Kreisumlagehebesatz der ursprünglich mit 44,42 v. H. vorgeschlagen wurde auf 44,95 v. H. erhöht. Gegenüber dem mit dem Ursprungshaushalt beschlossenen Hebesatz von 43,5 v. H. errechnen sich Mehrerträge von 2,8 Mio. EUR.
- Dem Salzlandkreis ist bewusst, dass die Erhöhung für einige Kommunen eine hohe Belastung bedeutet - 16 Kommunen hätten dann einen unausgeglichenen Haushalt.
- Das führte im Haushaltsausschuss zur Formulierung des Änderungsantrages und zu einem Hebesatz von 43,50 v. H. (Hebesatz vom letzten Jahr) der zur Beschlussfassung vorgeschlagen wurde. Mit diesem Hebesatz hätten 13 Kommunen einen unausgeglichenen Haushalt. Der Änderungsantrag wurde in allen Ausschüssen beraten und angenommen.
- Frau Schellenberger verweist für einzelne fachspezifische Fragen an die FBL
II / Frau Meyer.

Frau Meyer nimmt wesentliche fachspezifische Ausführungen zu den Positionen für den Unterausschuss Jugendhilfeplanung und Jugendhilfeausschuss vor.

Folgende Positionen sind im Nachtragshaushalt abgebildet:

- Korrektur und Anpassung auf der Ertragsseite der Pauschalen des Landes für die Kitas - die bisher nur aufwandsseitig berücksichtigt wurden

Einsparungen im Bereich UmA – hier sind geringere Fallzahlen zu verzeichnen, dadurch verringern sich die Aufwendungen

Bereich Schulsozialarbeit – wie in vergangenen Sitzungen dargestellt, konnten keine Mittel Schulsozialarbeit geplant werden, da der Fördermittelauftrag erst im Dez. 2021 erfolgte. Der Salzlandkreis muss die erforderlichen 20 % Kofinanzierung für die Schulsozialarbeiter bzw. die 40 % für die Netzwerkstelle durch Einsparungen im Bereich HzE finanzieren. Der Presse war zu entnehmen, dass das Land ggf. die 20 % übernimmt. Hierzu gibt es vom Land aber noch keine offizielle Information.

- Einsparungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung – hier sind geringere Fallzahlen zu verzeichnen, dadurch verringern sich die Aufwendungen.
- Bereich Schulsozialarbeit – wie in vergangenen Sitzungen dargestellt, wurden keine zusätzlichen Mittel eingestellt. Der Salzlandkreis wird über die 20 % bei den Schulsozialarbeitern bzw. bei den 40 % für die Netzwerkstellen Einsparungen vornehmen. Der Presse war zu entnehmen, dass das Land ggf. die 20 % übernimmt. Hierzu gibt es vom Land aber kein offizielles Schreiben. Die Jury des Landes hat getagt – Informationen von Seiten des Landes gibt es noch keine und offene Fragen konnten auch noch nicht geklärt werden.

Herr Kannegießer stellt fest, dass es bei der Kreisumlage von 43,50 % bleibt und damit drei Kommunen weniger im Defizit sind und der Salzlandkreis dadurch 3 Mio. EUR weniger Einnahmen hat. Das Defizit des Salzlandkreises beläuft sich dann auf rund 8,8 Mio. EUR. Vielleicht kann ja auch von Seiten des Salzlandkreises garantiert werden, dass es nicht zu Lasten der Jugendhilfe geht.

Frau Schellenberger geht auf die Aussagen von Herrn Kannegießer ein. Wenn der Salzlandkreis ernsthaft vorgehabt hätte einen Ausgleich der 3 Mio. EUR vorzunehmen, dann hätte der Salzlandkreis Kürzungsvorschläge vorlegen müssen. Da dies nicht erfolgte, hat der Salzlandkreis nicht vor, das Budget der Jugendhilfe zu beschneiden.

Herr Hause führt Folgendes aus:

Unabhängig davon, ob es sich um einen städtischen oder kreislichen Bereich handelt, ist es gesetzlich vorgeschrieben, dass der Abwägungsprozess die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aller am Prozess beteiligten, Städte / Gemeinden und Salzlandkreis gleichwertig und gleichrangig betrachtet. Aus diesem Grund ist in den vorangegangenen Ausschüssen auch für einen Hebesatz von 43,50 v. H. votiert worden, der einen Kompromiss darstellt.

Herr Jethon möchte von der Verwaltung wissen, ob es schon Signale gibt, dass es keine Klagen geben wird, wenn der Kreisumlagehebesatz nicht angehoben werden.

Frau Schellenberger bringt zum Ausdruck, dass sie die Frage nicht beantworten kann, da die Frage den Bürgermeister*innen gestellt werden müsste. Der Salzlandkreis hofft das klagefreudige Verhalten der Kommunen einfangen zu können. Wissen wird es der Salzlandkreis erst, wenn die Bescheide verschickt werden.

Herr Knoblauch legt dar, dass es immer die Entscheidung eines beschließenden Gremiums ist, sei es Kreistag, Stadtrat, oder Gemeinderat. Zum jetzigen Zeitpunkt zu sagen, es sind alle zufrieden und somit bleiben Klagen aus, kann er sich nicht vorstellen. Es gibt Stimmen aus dem Kreistag die sich zufrieden erklärten und dann die ersten waren die eine Klage gegen vorläufige Bescheide eingereicht haben. Abschließend stellt Herr Knoblauch fest, das nicht immer alles erklärbar ist.

Nach umfassender Sachdiskussion lässt Herr Knoblauch zunächst über den Antrag aus dem Haushaltsausschuss abstimmen:

Der Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Im Anschluss lässt Herr Knoblauch über den Beschlussvorschlag inkl. Antrag aus dem Haushaltsausschuss abstimmen.

Beschluss Nr. B/0366/2022/4 (inkl. Änderungsantrag)

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreistag folgende Beschlussfassung:
Der Kreistag beschließt die anliegende 1. Nachtragshaushaltssatzung des Salzlandkreises für das Haushaltsjahr 2022, deren Teil der 1. Nachtragshaushaltsplan ist.**

Die Anlage „1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan des Salzlandkreises für das Haushaltsjahr 2022“ ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	4
Enthaltung:	1
Entspricht:	mehrheitlich angenommen

5 Haushaltskonsolidierungskonzept des Salzlandkreises für den Zeitraum 2022– 2030 - Vorlage: B/0375/2022

Die Diskussion zum TOP 5 erfolgte unter TOP 4.

Beschluss Nr. B/0375/2022/5

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreistag folgende Beschlussfassung:
Der Kreistag beschließt die anliegenden geänderten Anlagen zum Haushaltskonsolidierungskonzept des Salzlandkreises für den Zeitraum 2022 – 2030.**

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	3
Enthaltung:	2
Entspricht:	mehrheitlich angenommen

6 Beauftragung der Verwaltung des Salzlandkreises zur Vergabe der zur Verfügung stehenden Restmittel nach § 31 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes des Landes Sachsen-Anhalt - Vorlage: B/0379/2022

Frau Rosinski führt in den Sachverhalt ein. Aktuell sind Restmittel in Höhe von 1300,00 EUR für 2022 nach § 31 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes des Landes Sachsen-Anhalt offen, die dann zu verteilen wären. Die Verwaltung wird weiterhin regelmäßig über die Verteilung der Mittel berichten und zum Abschluss eine Gesamtübersicht als Mitteilungsvorlage einreichen.

Da kein Gesprächsbedarf angezeigt wird, bittet Herr Knoblauch um Abstimmung.

Beschluss Nr. B/0379/2022/6

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Verwaltung zu beauftragen, unter Aufhebung des § 7 Abs. 4 (b) der Satzung für das Jugendamt des Salzlandkreises, die Vergabe der noch zur Verfügung stehenden Restmittel nach § 31 KJHG-LSA entsprechend der Richtlinie zu verteilen.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	0
Entspricht:	mehrheitlich angenommen

**7 Investitionsprogramm zum weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung aus Mitteln des Investitionsprogrammes des Bundes
Vorlage: B/0380/2022**

Frau Rosinski führt in den Sachverhalt ein und hebt die Beratung zu diesem Sachverhalt in einer der vorangegangenen Sitzung hervor. Bei den Mitteln handelt es sich ausschließlich um Bundesmittel. Für den Salzlandkreis ergibt sich nach einem Umschichtungsverfahren eine Zuwendung von 1.908.087,53 EUR. Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 23.02.2022 eine Prioritätenliste zum Investitionsprogramm beschlossen. Der Durchführungszeitraum wurde durch das Land nochmal um ein Jahr verlängert. Die Investitionen können nunmehr noch bis zum 30.06.2023 getätigt werden, jedoch nur die laut Prioritätenliste beschlossenen Investitionen. Zur Prüfung an den Salzlandkreis teilten Kids e. V. Bernburg (Saale) – „Bussi Bär“ und Rückenwind e. V. Bernburg (Saale) - Kindertagesstätte „Gänseblümchen“ in Alsleben mit, dass sie verringerte Kosten bei den Maßnahmen zu verzeichnen haben und zusätzliche Maßnahmen im Sinne der Investitionsrichtlinie beantragen würden (s. Sachverhaltsdarstellung). Nach Prüfung durch den FD 22 sind die Maßnahmen entsprechend der Änderung der Anlage 1 vom 23.02.2021 förderfähig.

Gesprächsbedarf wird nicht angezeigt.

Herr Knoblauch lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss Nr. B/0380/2022/7

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die geänderte Prioritätenliste laut Anlage 1. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Entspricht:	einstimmig angenommen

8 Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses gemäß der Satzung für das Jugendamt des Salzlandkreises - Vorlage: B/0381/2022

Frau Rosinski schildert kurz den Sachverhalt. Die Kreiselternervertretung wird für die Dauer von zwei Jahren gewählt. In der Sitzung am 25.01.2022 hat neu gewählte Kreiselternervertretung aus ihrer Mitte einen Vertreter bzw. einen Stellvertreter gewählt. Sie teilt mit, dass Herr Frühauf und Herr Stange-Trautewig anwesend sind und wenn vom Ausschuss gewünscht sich auch vorstellen.

Die Ausschussmitglieder sind mit einer kurzen Vorstellung einverstanden.

Herr Knoblauch bittet Herrn Frühauf / Vertreter für Bernburg (Saale) und Herrn Stange-Trautewig als Vertreter für den Bereich Hecklingen sich kurz vorzustellen.

Im Anschluss wird über die Beschlussvorlage abgestimmt.

Beschluss Nr. B/0381/2022/8

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreistag folgende Beschlussfassung:

- 1. Der Kreistag stellt das Ausscheiden des beratenden Mitgliedes Frau Lisette Zanke (1. Vorsitzende der Kreiselternervertretung) fest.**
- 2. Der Kreistag stellt die Mitgliedschaft von Herrn Matthias Frühauf (Vorstand Kreiselternervertretung) als beratendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses entsprechend der Satzung des Jugendamtes fest.**
- 3. Der Kreistag stellt die Mitgliedschaft von Herrn Sebastian Stange-Trautewig (Vorstand Kreiselternervertretung) als Stellvertreter eines beratendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses entsprechend der Satzung des Jugendamtes fest.**

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Entspricht:	einstimmig angenommen

9 Prozessdarstellung zur Abklärung einer möglichen Kindeswohlgefährdung unter Verwendung der neu erstellten Dokumentation - Vorlage: M/0150/2022

In ihren Ausführungen erinnert Frau Rosinski an die Absprache im Ausschuss, wonach es durch die Verwaltung einen fachlichen Input an den Unterausschuss Jugendhilfeplanung und Jugendhilfeausschuss geben soll. Sie erläutert zunächst die Historie des Kinderschutzes (s. Seite 2 im Sachverhalt) und beschreibt auf der Seite 4 den „*Typischen Prozessablauf zur Abklärung einer möglichen Kindeswohlgefährdung*“.

Die Mitteilungsvorlage wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

10 Sozialdatensammlung des Salzlandkreises - Aktualisierungsstand 2022 Vorlage: M/0142/2022

Frau Meyer führt in den Sachverhalt ein und verweist auf den Rückgang der Bevölkerung im Salzlandkreis wie auch im gesamten Land Sachsen-Anhalt. Auf den Seiten 11 und 15 der

Mitteilungsvorlage sind prägnante Daten einzelner Bereiche der Sozialdatensammlung zu finden, auf die sie kurz eingeht.

Herr Knoblauch bedankt sich bei der Verwaltung für die umfangreiche Zusammenstellung der „Sozialdatensammlung des Salzlandkreises“.

Da kein Gesprächsbedarf besteht, wird die Mitteilungsvorlage von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

11 Informationen aus der Verwaltung

Frau Rosinski informiert zu folgenden Sachverhalten:

- Registrierung minderjähriger Kinder aus der Ukraine
40 Kinder und Jugendliche wurden im Salzlandkreis überprüft und der Aufenthalt bei Familienbekannten oder Familien festgelegt.
- Im Bereich der Kita-Kostenbeiträge von ukrainischen Flüchtlingen sind 29 Anträge in Bearbeitung für die unterschiedlichsten Kindertageseinrichtungen des Salzlandkreises. Es werden schon Kinder in Einrichtungen des Salzlandkreises betreut.
- Kinder-Willkommens-Besuchsdienst des Salzlandkreises

Der Willkommens-Besuchsdienst des Salzlandkreises wurde gestartet. In der vergangenen Woche konnte dazu die erste Familie in Eickendorf besucht werden.

Es kann in der heutigen Sitzung ein Geschenkbeutel begutachtet werden, führt Frau Rosinski aus.

- In der nächsten Sitzungsrolle wird die Verwaltung eine Mitteilungsvorlage einbringen zur Restmittelverteilung im Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ für die Maßnahmen der Kinder- und Jugendfreizeiten, außerschulische Jugendarbeit und die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe.

Frau Meyer geht in ihren Informationen auf schulpflichtige ukrainische Kinder im Salzlandkreis ein. Momentan befinden sich 499 ukrainische schulpflichtige Kinder und Jugendliche im Salzlandkreis. Im Landesvergleich zählt der Salzlandkreis, neben Magdeburg und Halle, die meisten schulpflichtigen Kinder. Bereits Anfang April 2022 wurden dem Landesschulamt die Standorte mitgeteilt an denen noch Kapazitäten für die Ankunftsclassen vorgehalten werden können. Aktuell hat der Salzlandkreis die Information, dass die Liste dem Bildungsministerium vorliegen. Bis jetzt hat der Salzlandkreis noch keine Rückinformation. Es ist noch keine Anfangsklasse gebildet und es gibt noch keine Pädagogen. 180 Schüler befinden sich jetzt schon in den Klassen ohne zusätzliches Personal. Die Kommunikation des Salzlandkreises sieht wie folgt aus, dass sich die Kinder an den Schulen, die in ihrem Wohnumfeld zur Verfügung stehen, anmelden können. In ihren Abschlussworten dankt Frau Meyer den Bürgermeister*innen für die gute Zusammenarbeit.

12 Anfragen und Anregungen

Anfragen und Anregungen von Seiten der Ausschussmitglieder gibt es keine.

13 Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Herr Knoblauch schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Zur Herstellung der Nichtöffentlichkeit wird die Sitzung kurz unterbrochen.

gez. Bert Knoblauch
Ausschussvorsitzender

gez. Schriftführerin